Nathalie Schmit

Die Schule – eine politikfreie Zone?

Zur Bedeutung des politischen Denkens und seiner Abwesenheit in Luxemburgs Schulen

Eine meiner Dozentinnen an der Universität Bonn hat sich im Mai in einem Beitrag für *Die Zeit* darüber beklagt, dass wir, die Studenten von heute, unpolitisch seien und uns nicht für Politik begeistern könnten. Wir sind Politikstudenten, wohlgermerkt. Es stimmt, die „Jugend von heute“ steht nicht ständig auf der Straße und rebelliert. Dadurch handelt sie sich von früheren Generationen, insbesondere den Alt-Achtundsechzigern, immer wieder den Vorwurf ein, unpolitisch zu sein und sich nicht zu interessieren. Doch kann man es uns wirklich verdenken? Wir sind aufgewachsen in der Welt nach 1990, in der die liberale Marktwirtschaft nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes den „endgültigen Sieg“ errungen hat und eine „alternativlose“ Politik betrieben wird. Wir wurden durch diese weltpolitischen Umstände geradezu dazu erzogen, unkritisch und unpolitisch zu sein. Insofern sind wir wohl tatsächlich unpolitischer als jene Generationen vor uns, die noch zwischen klaren Alternativen standen.

Dennoch bedeutet das nicht, dass wir uns gar nicht mehr für Politik interessieren würden. Wir haben auf den Artikel unserer Dozentin reagiert, es gab viele heftige Diskussionen und mehrere öffentliche Reaktionen darauf.¹ Eine ihrer Thesen haben wir damit allerdings bestätigt: aktiv werden wir vor allem dann, wenn uns ein Thema oder ein Ereignis direkt betrifft. Ähnlich verhält es sich mit den Jugendlichen in Luxemburg. Sie sind nicht gänzlich unpolitisch; wenn sie sich betroffen fühlen, dann streiten auch sie um ihre Rechte. Das hat man während der jüngsten Debatten um die Schulreform erleben können, in denen die Schülerinnen und Schüler sich eindringlich Gehör verschafft und sich konstruktiv in die Diskussionen eingebracht haben.

Aber was genau bedeutet es, politisch zu sein, politisch zu denken? Um politisch denken zu können, benötigt man zuallererst politisches Wissen, in Form von allgemeinen Grundkenntnissen über die Funktionen der einzelnen Institutionen im Staat bis hin zur aktuellen Tagespolitik. Politisches Denken geht aber über das politische Wissen hinaus. Politisches Denken bedeutet, neben den Fakten

auch die Funktionsweisen der Politik zu verstehen, Zusammenhänge zu erkennen, Argumente der Politiker nicht einfach zu schlucken, sondern auch kritisch zu hinterfragen und sich letzten Endes eine eigene fundierte Meinung zu bilden. Sie, lieber Leser, sind mit großer Wahrscheinlichkeit zum politischen Denken in der Lage. Warum? Weil Sie sich sonst niemals diese Zeitschrift gekauft hätten.

Insofern ist es wahrscheinlich nicht notwendig, noch genauer zu definieren, was unter politischem Denken zu verstehen ist. Eine Unterscheidung sollte dennoch klar gemacht werden: Politisches Denken ist nicht das Gleiche wie parteipolitisches Denken. Letzteres folgt einer bestimmten Ideologie und wird von der Funktionslogik der Parteipolitik bestimmt. Dazu gehört auch, dass Politiker gegen etwas sind,

aus keinem anderen Grund, als dass der politische Gegner dafür ist. Dabei geht es weniger um das tatsächliche Austausch von Argumenten und gegenseitige Überzeugen, sondern vielmehr um das Klarstellen der eigenen politischen Linie. Fraktionszwang, also das Abstimmen gemäß den Vorgaben der eigenen Partei, gehört zum parteipolitischen Denken ebenfalls dazu.

Politisches Denken ist nicht parteipolitisches Denken, aber man muss dieses verstehen, man muss die Positionen der Parteien kennen und die Funktionslogik der Parteipolitik verstehen, um politisch denken zu können. Politisches Wissen, ob nun über Parteien oder im Allgemeinen, schafft die Grundvoraussetzung, um politisch denken zu können. Doch gerade hieran scheitert es bereits bei vielen Menschen, alten wie jungen. Ich will das an einer persönlichen Erfahrung illustrieren, die – so glaube ich – für unsere Gesellschaft bezeichnend ist. Kurz vor den letzten Wahlen, an denen wir als frischgebackene Achtzehnjährige zum ersten Mal teilnehmen durften (oder mussten, je nach Empfinden) hatten wir als kleine Gruppe von an Politik interessierten Schülern unseren Klassenkameraden eine Aufgabe gestellt. Sie sollten uns fünf Parteien und zehn Politiker unseres Landes aufzählen. Zugegebenermaßen keine sehr spannende Aufgabe, doch die Allermeisten scheiterten bereits daran, fünf luxemburgische Parteien zu nennen. Wie kann Demokratie funktionieren, wenn die Wähler noch nicht einmal ihre Wahlmöglichkeiten kennen, wenn es ihnen letztendlich auch egal ist, wie und von wem sie regiert werden? Die Politiker müssten eigentlich

Das Verständnis von Politik wird innerhalb der Familien weitergegeben. Da politische Sozialisation nur hier stattfindet, werden lediglich die bestehenden Strukturen reproduziert.

Nathalie Schmit ist 21 Jahre alt und studiert Politik und Soziologie an der Universität Bonn. Dort engagiert sie sich in der studentischen Selbstverwaltung.

alles daran setzen, ihre zukünftigen Bürger über ihr Land und ihren Staat, über die Politik, ihre Folgen und ihre Bedeutung aufzuklären, wenn es ihnen ernst ist mit der Demokratie. Es geht dabei jedoch explizit nicht darum, den Jugendlichen Parteilinien nahezubringen und sie irgendwie in ihrer politischen Meinungsbildung zu beeinflussen. Die Schule könnte dafür eine Plattform bilden. Könnte, wohlgemerkt. Denn in der Realität kommen Politik und Staat im luxemburgischen Schulsystem praktisch nicht vor.

Sehen wir uns die Laufbahn eines Schülers an, der den klassischen Sekundarunterricht besucht hat, die Laufbahn eines solchen Schülers also, der mit großer Wahrscheinlichkeit keine fünf luxemburgischen Parteien und schon gar nicht deren inhaltliche Positionen kennt.² Dank des Geschichtsunterrichtes weiß er perfekt über das Feudalsystem im Europa des Mittelalters Bescheid – hat aber keine Ahnung, ob Luxemburg eigentlich eine konstitutionelle oder eine parlamentarische Monarchie ist, geschweige denn kann er zwischen diesen beiden Formen unterscheiden. Von der Europäischen Union (EU) hat er in seinem Geschichtsunterricht auch noch nie etwas gehört – wie denn auch, da luxemburgischer Geschichtsunterricht nach dem 2. Weltkrieg aufhört? Die „éducation civique“, die ihm zuteil wird und in der er theoretisch das luxemburgische wie das europäische System kennenlernt, wird vom Schüler nicht wirklich als gleichberechtigtes Fach angesehen, da diese mit Geschichte verrechnet wird und dabei weit weniger für die Endnote zählt. Darüber hinaus reicht eine Stunde pro Woche ein Jahr lang auch nicht aus, um einem Schüler das nötige politische Wissen beizubringen, geschweige denn die Bedeutung und das Erkennen von Zusammenhängen im Politikbetrieb. Dabei ist das Buch, das in der Bürgerkunde genutzt wird übrigens wirklich gut – es beinhaltet neben Informationen, also politischem Wissen, auch weiterführende Diskussionsfragen, die das politische Denken fördern könnten.

Umso bedenklicher ist es, dass der Bürgerkunde nur ein so geringer Status zugestanden wird und es stellt sich die Frage nach dem politischen Willen, aufgeklärte Bürger heranzuziehen. Im Philosophieunterricht schließlich werden große Denker behandelt, wie Aristoteles oder Kant, doch es wird kein Wort zu ihren Ideen und Vorstellungen zum Staatsaufbau verloren. Zwar behandelt ein ganzes Kapitel des Philosophiebuches den Staat und das Recht, doch das Programm der Première der allermeisten Sektionen ignoriert auch hier wieder dieses Kapitel komplett. Ob der Primaner nun wirklich mehr davon hat, sich mit der „Krise der herkömmlichen Metaphysik“ von Kant zu beschäftigen, die heute nun wirklich keine Bedeutung mehr hat, anstatt mit seinen Vorstellungen von Demokratien und wie sich Frieden erreichen ließe, möchte ich doch bezweifeln. Zugegeben, in den Sektionen D und G wird das Politische etwas stärker behandelt, doch sollten politische Grundkenntnisse etwas sein, das eben nicht nur bestimmten Schülern beigebracht wird. Es sind ja später auch nicht nur bestimmte Bürger, die wählen gehen und damit zur Demokratie beitragen sollen. Ich will hier nicht die Einführung eines wie auch immer gestalteten neuen politischen Faches in der Schule fordern. Derartige Forderungen stellt ohnehin jede Berufsgruppe und würde man ihnen allen folgen, so bräuchten die Schüler eine 60-Stunden-Woche. Aber man könnte einfach damit anfangen, Staat und Politik in den bestehenden Fächern zu thematisieren, statt sie außen vor zu lassen.

Interesse an Politik, ebenso wie das Interesse an Wirtschaft, Mode, Sport oder Modelleisenbahnen, entsteht nur selten aus dem Nichts. Interesse muss geweckt werden. In Luxemburg wird das Interesse an Politik in den meisten Fällen höchstens durch die Familie geweckt, indem in der Familie entweder aktiv an der (Partei-)Politik teilgenommen oder aber die aktuelle Tagespolitik verfolgt und auch darüber diskutiert wird. Das Interesse oder auch nur das Verständnis von Politik wird damit nur innerhalb der Familien weitergegeben. Da politische Sozialisation nur zu Hause stattfindet, werden lediglich die bestehenden Strukturen reproduziert. Ein höherer Anteil an politisch denkenden Bürgern lässt sich so jedoch nicht erreichen.

Die Unterschiede werden auch in der Art von Nachrichten deutlich, die sich die Leute ansehen. Eine politische Nachricht in den RTL2-News enthält gerade mal genug Information, um bei der Tagesschau als Einleitung dienen zu können. Damit entstehen immer größere Informations- und Wissenslücken zwischen den verschiedenen Gruppen. Es gibt tatsächlich Studenten (anderer Fachrichtungen), die mir gesagt haben, dass sie sich z. B. die Tagesschau nicht ansehen würden, weil sie sie ohnehin nicht verstünden. Jugendliche, die von ihrer Familie nicht an die Themen der Politik herangeführt wurden, die ihren Eltern keine Fragen zu dem stellen können, was sie in den Nachrichten gesehen oder gehört haben, haben kaum Chancen, diese überhaupt zu verstehen. Dadurch verlieren sie dann auch schnell das mögliche Interesse wieder.

Hier hätte das Schulsystem die Möglichkeit einzugreifen. Im Sprachunterricht oder den Tutoriaten könnte ohne größeren Aufwand eine Art „aktuelle zehn Minuten“ eingeführt werden, in denen über politische Geschehnisse informiert und deren Bedeutung diskutiert werden könnte. Dies würde möglicherweise den Zugang zur Politik für einige Schüler ermöglichen, den Unterricht realitätsnäher gestalten und das politische Denken fördern. Und es würde nichts weiter als den guten Willen der verantwortlichen Lehrer erfordern.

Was lässt sich abschließend sagen zum politischen Denken im Luxemburger Schulsystem? Das Schulsystem scheitert bereits an der Vermittlung von politischem Wissen – dabei ist es (zumindest noch) primär auf die Vermittlung von Wissen ausgerichtet. Es basiert nach wie vor vor allem auf Auswendiglernen und kritiklosem Wiedergeben von vorgefertigten Antworten. Die Methode des politischen Denkens – in Zusammenhängen denken, kritisch hinterfragen und Argumente gegeneinander abwägen – vermag dieses System noch viel weniger den Schülern mitzugeben. Vielleicht wird dies durch die Reform und die Ausrichtung auf Kompetenzen anders, das vermag ich nicht zu beurteilen. Momentan jedoch bleibt die Bürgerkunde ein Stiefkind des Luxemburger Schulprogramms und politisches Denken vor allem jenen vorbehalten, die von ihrem sozialen Umfeld darin eingeführt werden. ♦

1 Die Beiträge finden Sie unter Zeit Online, <http://www.zeit.de/>

2 Ich beschränke mich hier auf den klassischen Sekundarunterricht, da dessen Bildungsweg mir aus eigener Erfahrung besser vertraut ist als der technische Sekundarunterricht. Soweit ich es jedoch mitbekommen habe, steht es dort nicht besser um die politischen Grundkenntnisse und ihre Vermittlung durch die Schule.